

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 20.09.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:06 Uhr

Ende: 18:16 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

ab 17:44 Uhr.

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Paul Schneider

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

ab 16:52 Uhr.

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Alexander Groll

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Dr. Max Tillmann

Abwesend:**CDU**

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tagesordnung

=====

- 1** Erweiterung der Zuständigkeiten der Ortschaftsräte
hier: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung sowie Erhöhung der den Ortschaften zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
- 2** Antrag der Stauferschule, den Schulbetrieb ab dem Schuljahr 2024/5 als Ganztagsgrundschule nach § 4a Schulgesetz zu führen
- 3** Übernahme des katholischen Kindergartens St. Elisabeth Hardt, Szekesfehervarer Straße 11 in 73525 Schwäbisch Gmünd und Erweiterung durch Umbau / Umgestaltung im Obergeschoss zur Schaffung einer zusätzlichen altersgemischten Gruppe
- 4** Beschaffung eines Gerätewagens Logistik GW-L1 (GW-T) für die Feuerwehr Schwäbisch Gmünd, Abteilung Bettringen
Auftragsvergabe zur Lieferung
- 5** Museum im Prediger - Sachstand und Perspektiven
- 6** Bekanntgaben
- 6.1** Verpackungssteuer
- 7** Anfragen
- 7.1** Pleuer-Passage
- 7.2** Aufzug Bahnhof
- 7.3** Glasfaser
- 7.4** Klinik

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Erweiterung der Zuständigkeiten der Ortschaftsräte
hier: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung sowie Erhöhung der den Ortschaften zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
Vorlage: 119/2023**

Protokoll:

Herr Ott führt in den Sachverhalt ein und erläutert, dass alle Ortschaftsräte zugestimmt hätten.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man sich mit dem Thema schon länger beschäftige. Er würde das Fragerecht gerne auf alle Ortschaftsräte erweitern.

Oberbürgermeister Arnold erkundigt sich, ob es hierfür Präzisierungen geben solle.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man die Fragen vorab einbringen könne.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass man in der nächsten Amtsperiode nochmals über die 48 Sitze als Übergangslösung beschließen solle.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies bereits so beschlossen sei und man es dann entsprechend einbringen werde.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man das Ergebnis begrüße, man werde zustimmen. Es sei ein gutes demokratisches Miteinander, es sei ein gutes Ergebnis. Bei den Themen, die die Ortschaften betreffen, solle man den Ortsvorstehern Rederecht geben. Sie regt an, die Verteilung der Mittel auf die Ortschaften nochmals neu zu berechnen.

Herr Ott antwortet, dass diese historisch gewachsen sei. Der Ortschaftsrat Bettringen habe angeregt, die Mittel um das Dreifache zu erhöhen. Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation würde man dies jedoch nicht empfehlen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass man es mittragen werde. Der Vorschlag von Stadtrat Bläse sei nachvollziehbar und sinnvoll. Er regt an, dass die Ortschaften vor der Einbringung in den Gemeinderat ein einheitliches Meinungsbild vertreten müssten, so dass die Vorberatung in den Ortschaftsräten erfolgen solle.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste betont, dass man in Rehnenhof/Wetzgau ohne unechte Teilortswahl nie Nachteile gehabt habe. Sie empfiehlt den Stadträten, an den Sitzungen der Ortschaftsräte teilzunehmen. Die Fraktion werde zustimmen.

Stadträtin Dr. Kosin/FWF signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Antrag der Stauferschule, den Schulbetrieb ab dem Schuljahr 2024/5 als Ganztagsgrundschule nach § 4a Schulgesetz zu führen
Vorlage: 163/2023

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Arnholdt und Frau Wendel.

Herr Arnholdt erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Christian Krieg/CDU äußert, dass man zustimmen werde. Er erkundigt sich, ob man 2026 nachjustieren könne, wenn der Anspruch auf Ganztagesbetreuung greife.

Herr Arnholdt führt aus, dass die Ganztagesbetreuung in zumutbarer Erreichbarkeit sein müsse. Man sei mit der Ganztagesbetreuung weiter als andere Städte, dies liege in Schwäbisch Gmünd jedoch auch an der Bevölkerungsstruktur. § 4a sei Landesrecht, man könne darauf aufbauen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es sehr vielfältig sei. Der Ganztagesbetrieb sei eine wesentliche Möglichkeit, Gleichheit herzustellen. Es sei daher alternativlos, man werde zustimmen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, das man sehe, dass die Bedeutung der Stauferschule wachse. Man werde daher zustimmen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass die Weststadt wachse, die Zahl der Kinder gehe nach oben. Es sei der richtige Weg und alternativlos, man werde daher zustimmen.

Stadträtin Dr. Kosin/FWF findet die Ganztagesbetreuung im Hinblick auf die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt sehr wichtig. Man werde zustimmen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man ebenfalls zustimmen werde. Wenn beide Elternteile arbeiten würden, sei es eine gute Sache. Sie erkundigt sich, ob jede Schule ab 2026 eine Ganztagesbetreuung vorhalten müsse und ob die Stadt für Privatschulen ebenfalls ein Betreuungsangebot vorhalten müsse.

Herr Arnholdt antwortet, dass man es nicht an jeder Schule haben müsse, sondern genügend Plätze in Schwäbisch Gmünd brauche. Die Betreuung müsse zumutbar

erreichbar sein, dies sei im gesamten Stadtgebiet gegeben. Genau definiert sei jedoch noch nicht, was unter der Zumutbarkeit zu verstehen sei.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man an Konzeptionen arbeite und die Ganztagesbetreuung kommen werde. Man müsse es als Chance begreifen und proaktiv gestalten. Dies werde jedoch Geld kosten, man brauche daher auch die Zustimmung des Gemeinderats. Man sei in Schwäbisch Gmünd sehr weit.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Übernahme des katholischen Kindergartens St. Elisabeth Hardt, Szekesfeher-
varer Straße 11
in 73525 Schwäbisch Gmünd und Erweiterung durch Umbau / Umgestaltung
im Obergeschoss zur Schaffung einer zusätzlichen altersgemischten Gruppe
Vorlage: 159/2023**

Protokoll:

Herr Arnholdt erläutert die investiven Maßnahmen (siehe Anlage), anschließend erläutert er den in der Vorlage beschriebenen Sachverhalt.

Stadtrat Christian Krieg/CDU signalisiert Zustimmung. Er erkundigt sich, ob das bestehende Personal übernommen werde und ob man die Stellen bis 01.01.2024 alle besetzen könne. Er weist darauf hin, dass beim Eröffnungstermin des Kindergartens Fehrle-Gärten keine Einladung an die Stadträte erfolgte und regt an, bei künftigen Terminen die bildungspolitischen Sprecher einzuladen.

Herr Arnholdt entschuldigt sich, dass der Gemeinderat nicht eingeladen gewesen sei. Das Personal werde man übernehmen, er spricht einen großen Dank an das Personalbüro aus.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die Kirchen nicht mehr alle Aufgaben übernehmen könnten. Da das Gebäude in diesem Fall sowieso der Stadt gehöre, würde es sich anbieten. Das Personal leiste sehr gute Arbeit, es sei ein sehr schweres Klientel. Es sei super, dass das Personal mitgehe.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass er ebenfalls gerne dabei gewesen wäre. Er erkundigt sich, ob Kosten für die Übernahme des Mobiliars anfallen würden.

Herr Arnholdt antwortet, dass man das Mobiliar mit übernehmen werde. Man übernehme das Personal, dadurch würden die Personalkosten steigen. Jedoch würden gleichzeitig die Betriebsausgaben für die Träger reduziert werden.

Herr Bantel weist darauf hin, dass man für die Erweiterung die Baukosten sowie

37.000 Euro für die Erstausrüstung der neuen Räumlichkeiten berücksichtigt habe.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass man zustimmen werde. Es sei ein Glücksfall, dass das Personal zur Stadt wechseln wolle. Dies sei sehr wichtig. Er erkundigt sich, wie sich die Unterbringung beim JuFun gestalten, da dies derzeit ja auch die Ausweichstation für den Jugendtreff sei.

Herr Arnholdt äußert, dass der genaue Bauablauf noch nicht besprochen sei. Man werde das Büro von Frau Schwarz einbeziehen, sie würde dann in das JuFun umziehen. Der laufende Betrieb sei nicht betroffen.

Stadträtin Dr. Kosin/FWF signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste signalisiert ebenfalls Zustimmung. Es sei wichtig, dass auf dem Hardt Kindergartenbetreuung stattfindet. Sie erkundigt sich, ob weitere kirchliche Einrichtungen folgen würden, die die Stadt übernehme.

Herr Arnholdt antwortet, dass man in einem guten Miteinander sei. In Bargau sei man in Gesprächen. Momentan gebe es keine Tendenz, dass das Engagement der Kirchen zurückgehe. Was in der Zukunft sei, müsse man sehen. Man habe eine sehr gute und stabile Situation.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Beschaffung eines Gerätewagens Logistik GW-L1 (GW-T) für die Feuerwehr Schwäbisch Gmünd, Abteilung Bettringen
Auftragsvergabe zur Lieferung
Vorlage: 154/2023**

Protokoll:

Herr Schubert erläutert den Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Auftragsvergabe zur Lieferung eines Fahrgestells Atego Typ 924 von Mercedes-Benz zum Preis von 98.982,50 €, von der Firma Daimler Truck AG, sowie dem Fahrzeugaufbau mit der Geräteausstattung zum Preis von 103.701,36 € von der Firma Wilhelm Barth, zum Gesamtpreis von 202.683,86 € für die Feuerwehrabteilung Bettringen wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 30
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Museum im Prediger - Sachstand und Perspektiven**

Protokoll:

Herr Dr. Tillmann erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Fritz/s.ö.l. bedankt sich für den Vortrag und erkundigt sich, ob Ausstellungen für Kinder und Familien geplant seien.

Herr Dr. Tillmann weist auf ein Veranstaltungsangebot hin, bei dem Kinder Schmuck kreieren könnten. Man arbeite hier mit authentischen Materialien.

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich für den Vortrag. Wichtig sei ihm die Museumspädagogik und die Kunstvermittlung. Bei der Stadtgeschichte und der Kunst in der Stadt sei man auch auf einem guten Weg. Man erwarte vom Museum jedoch, dass Angebote geschaffen werden, die über Schwäbisch Gmünd hinausstrahlen und die auch ein größeres Publikum ansprechen würden. Das Jahr 2024 biete sich hier mit der Gartenschau an, München habe beispielsweise eine Blumenausstellung. Außerdem solle man auch QR-Codes, wie viele andere Museen es bereits hätten, einführen, sodass man die Menschen gleich an die Kunst heranführen könne.

Herr Dr. Tillmann antwortet, dass dies interessant sei. Diese würden vor allem dort genutzt werden, wo Infotafeln stören würden. In der Ott-Pauserschen-Fabrik habe man bereits eine Kooperation mit der HfG, hier wolle man mit Augmented Reality arbeiten. Die Besucher könnten mit dem Handy das Kunstwerk scannen und würden dann darüberhinausgehende Informationen vermittelt bekommen. Zur Überregionalität führt er aus, dass sich vor allem regionale Themen mit überregionalem Bezug anbieten würden.

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich für die Vorstellung des Programms. Man habe ein Kleinod in der Stadt, dies müsse man auch erhalten. Es sei wichtig, dass die technische Ausstattung so sei, dass man keine Defizite habe. Sie erkundigt sich, ob die finanzielle Ausstattung aus Sicht des Museums ausreichend sei.

Herr Dr. Tillmann äußert, dass man sehr gut ausgestattet sei, er sei hierfür sehr dankbar. Schwäbisch Gmünd könne stolz darauf sein, was es sich leiste, aber was auch der Geschichte und der DNA entspreche. Bauliche Maßnahmen würden immer wieder vorkommen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen. Man könne die Anregungen von Kindern einbeziehen. Bei Walter Giers werde man gemeinsam mit der

Familie schauen, dass man es hinbekomme.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste regt eine Ausstellung mit Hologrammen an. Sie befürchtet jedoch, dass dies sehr teuer sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man so etwas bei der Gmünder ART gemacht habe. Dies sei hochspannend gewesen. Die Kosten würden sich jedoch im fünfstelligen Bereich bewegen. Außerdem würden diese zur pädagogischen Vermittlung eingesetzt werden, aber nicht als Kunstwerk selbst, sondern um etwas darüber zu erzählen.

Herr Dr. Tillmann führt aus, dass auch die Lichtkunst viele Möglichkeiten biete.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass der Museumsverein sehr aktiv sei. Er spricht hierfür einen großen Dank und ein Lob aus.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 43
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Bekanntgaben

zu 6.1 Verpackungssteuer Vorlage: 128/2023

Protokoll:

Herr Bantel erläutert die aktuelle Sachlage. Rechtlich sei es noch nicht entschieden. Tübingen habe noch keine Schreiben an die Firmen gesandt. Beim Ziel, den Verpackungsmüll zu reduzieren, sei man sich einig. Ob das Instrument einer formalen Steuer das richtige sei, wisse er nicht. Insgesamt sei der Müll in Tübingen weniger geworden, das sei erkennbar gewesen. Man habe das Thema Mehrwegverpackungen gefördert, dann sei Corona dazwischengekommen.

Herr Herrmann führt aus, dass man mit dem Recircle-System 2029 gestartet sei. Man habe eine Anschubfinanzierung durchgeführt. 2019 habe man das Projekt gestartet. Es gebe neue Möglichkeiten, die man prüfen könne. Man werde es thematisch aufbereiten.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. äußert, dass man es gut erläutert habe, auch in der Vorlage. Zum Zeitpunkt der Antragsstellung sei die Klage von McDonalds noch nicht ein-

gereicht gewesen. Daher sei es richtig, das Ergebnis abzuwarten. Man wolle darauf hinweisen, dass man über einen SWR-Bericht auf das Thema aufmerksam geworden sei. Über 2.000 Gemeinderäte hätten deutschlandweit den Antrag gestellt, viele Städte hätten sich schon damit befasst. Das Thema sei weiterhin diskussionswürdig und man wolle es nach dem Urteil nochmals aufgreifen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass bisher keine Kommune tätig geworden sei.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass die CDU-Fraktion hinter der Sache stehe, es sei jedoch nicht der richtige Zeitpunkt. Jeder sei für Müllvermeidung, aber man müsse nicht der Vorreiter sein und auf die Nase fallen. Daher solle man lieber abwarten, eine überregionale Lösung wäre sinnvoller.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Antrag die richtige Richtung sei. Man könne etwas ausprobieren, ein Abwarten halte sie nicht für notwendig. Das Gerichtsurteil müsse man abwarten. In der Vorlage werde die Einnahmeseite aus ihrer Sicht zu wenig beleuchtet.

Herr Bantel antwortet, dass man keinen Erfahrungswert habe, daher könne man keine seriöse Schätzung abgeben.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass man schauen müsse, dass Mehrwegsysteme eingeführt werden würden. Man müsse auf die Gastronomen zugehen. In ein bis zwei Jahren müsse man das Thema nochmals beleuchten.

Herr Herrmann führt aus, dass sich viel getan habe. Es dürften nun auch eigene Mehrwegverpackungen genutzt werden, beispielsweise beim Metzger. Man setze auch darauf, dass die großen Ketten (Rewe, Edeka) hier vorgehen und dass man seine eigenen Behältnisse mitbringe. Er appelliert an den Einzelnen.

Stadträtin Dr. Kosin/FWF weist darauf hin, dass man auch beachten müsse, dass ein Mehrwegsystem sehr viel Aufwand für den Verbraucher bedeute.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste ist der Auffassung, dass man eigene Behältnisse mitnehmen könne. Auch die Umverpackungen, beispielsweise im Supermarkt, seien ein wichtiges Thema.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Anfragen**

zu 7.1 **Pleuer-Passage**

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU weist darauf hin, dass man in der Pleuer-Passage zwischen Gleis 1 und 2 ein Stahlkorsett erkennen könne. Er erkundigt sich, ob dies im Eigentum der Stadt oder der Bahn sei. Außerdem erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand zum Brief an die Deutsche Bahn bezüglich anderer Monitore, um mehr Fahrgastinformationen zu erhalten. Außerdem weist er darauf hin, dass man keinen Überblick zu den Busverbindungen habe, wenn man am Bahnhof Richtung ZOB laufe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies nicht in städtischer Zuständigkeit liege. Man reinige die Passage auch immer wieder, obwohl man dies nicht müsse. Man werde sich nochmals erkundigen und die Anzeige der Busverbindungen prüfen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 7.2 **Aufzug Bahnhof**

Protokoll:

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Benutzung des Aufzuges für Rollstuhlfahrer sehr schwierig sei, da die Tür sehr schnell wieder schließe und man sich vorab drehen müsse. Sie erkundigt sich, ob man das Intervall vergrößern könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man diesen Punkt ebenfalls in das Schreiben an die Deutsche Bahn mit aufnehmen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 7.3 Glasfaser

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass die TNG, die die sdt.net übernommen habe, nun den Glasfaserausbau vorantreiben möchte. Er erkundigt sich, ob die Firma in Abstimmung mit der Stadt sei und wünscht sich entsprechende Informationen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man am 18.10.2023 darüber berichten werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 7.4 Klinik

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass er sich ziemlich über Äußerungen des östlichen Teils des Landkreises zum Thema Kliniken wundere. Er könne es nicht nachvollziehen. In der Zeitung sei ein Interview mit den Rettungsdiensten abgedruckt, aus dem hervorgehe, dass Essingen für Rettungsfahrzeuge schon kritisch und Aalen höchstproblematisch sei. Er erkundigt sich, ob so etwas überhaupt zur Kenntnis genommen werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Verwaltungsrat dem Kreistag vorgeschlagen habe, dass man jemanden beauftrage, der dies untersuche. Es seien drei Varianten untersucht worden. Die Beratungsfirma sei zum Ergebnis gekommen, dass bei einem Regionalversorger die beste Lösung ein Neubau nahe der B29 und der Bahnlinie sei, am optimalsten in Essingen. Dies habe ihn gefreut, denn wenn man sich die Aufteilung ansehe, dann mache es nur in der Mitte des Kreises Sinn. Essingen und keinen Millimeter weiter! Das Ergebnis hätte jedoch nicht allen gepasst. Die Kreise, die die Kombi-Lösung favorisieren würden, hätten nachgelegt und hätten Zahlen, die nach seiner Ansicht aus der Luft gegriffen seien, präsentiert. Er könne es sich so nicht vorstellen, die Zahlen seien nicht belegt. Es sei so verkauft worden, dass dies die nachhaltigste Lösung sei. Die Straße, die gebaut werden müsse, gehe jedoch durch die grüne Wiese und den Wald. Hinter beiden Argumenten, was es koste und den Aspekt der Nachhaltigkeit, mache er drei dicke Fragezeichen. Diese müssten vom Landrat nochmals betrachtet werden. Interessant sei, dass hinter den Kulissen kräftig gearbeitet werde, auch von Personen aus dem Ostalb-Klinikum, die diese Lösung gerne hätten. Der Beschluss des Kreistages sei jedoch, dass man nicht im Bestand, sondern neu baue. Daher habe er auch dagegen gestimmt. Ohne dass die Zahlen auf dem Tisch liegen, müsse man sich damit nicht auseinandersetzen.

Stadträtin Dinser/CDU führt aus, dass sie kein Mitglied des Verwaltungsrates, aber

beruflich von der Thematik betroffen sei. Die CDU-Fraktion habe sich klar gegen einen Neubau in Aalen und maximal für einen Standort in Essingen ausgesprochen. Ein anderes Thema sei die Interimsphase. Es spreche nichts dafür, an einem bisherigen Standort zu planen. Dies werde eine große Herausforderung im Kreishaushalt, wie man mit dem Defizit in dieser Zeit umgehe. Diese Frage müsse geklärt werden, hier müsse nochmals nachgelegt werden. So könne es nicht weitergehen. Im Oktober werde die nächste Entscheidung getroffen, wie auch immer diese aussehen werde.

Stadträtin Heusel/SPD schließt sich den Ausführungen von Oberbürgermeister Arnold an, sie sei ebenfalls in der Sitzung des Verwaltungsrates gewesen. Von Aalen sei eine Kombi-Lösung ausführlich vorgestellt worden. Die Zahlen hätten nicht verifiziert werden können. Es habe Unklarheiten gegeben, daher habe man den Tagesordnungspunkt vertagt. Es sei kein Zeitverlust, man diskutiere dann weiter. Ein Neubau sei einer Sanierung mit Sicherheit überlegen, denn hier könne man von vorneherein ganz klar sagen, wie die Beschaffung des Gebäudes sein müsse. Für sie heiße es auch, bis Essingen könne man mitgehen, auch wenn es einem anders lieber gewesen wäre. Man müsse schauen, wie man im Ostalbkreis die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten und weiterentwickeln könne. Wenn etwas von Aalen vorgelegt werde, höre man es sich auch an, dies sei Demokratie. Sie hätte sich eine Einschätzung der Gutachter erhofft, aber man habe ja den Tagesordnungspunkt nun verschoben. Sie sei zuversichtlich, einen geeigneten Standort zu finden.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man sich in der Richtung einig sei. Die vorgelegten Zahlen seien willkürlich aus der Luft gegriffen. Die Verwendung von Gegensatzpaaren in der Kommunikation, wie z.B. „grüne Wiese vs. bebauter Fläche“ würde zur Verunsicherung führen. Man sollte es klar benennen, genauso wie die Dinge, die noch offen seien wie die Anbindung an die B29 und die Erreichbarkeit. Die Gutachter hätten dies gemacht und wären zum Ergebnis gekommen, dass der Neubau überlegen sei. Es stelle sich auch die Frage, wie der Umbau eines bestehenden Klinikums zu einem Regionalversorger geschehen solle. Landrat Dr. Bläse werde mit einem Vorschlag in Essingen kommen, dann werde man nach Grundstücken schauen, diese bewerten und dann weitersehen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob die Flächen in Essingen bereits im Besitz der Gemeinde oder in Privatbesitz seien. Dies würde Spekulationen Tür und Tor öffnen. Außerdem würde ein Neubau eines Zentralklinikums den Abriss der Klinik in Aalen bedeuten. Was solle sonst aus der Klinik in Aalen werden? Der Aalener Oberbürgermeister werde daher alles dafür tun, die Klinik zu behalten. Sie könne nicht nachvollziehen, warum man den Beschluss von 2017 nicht umgesetzt habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, weil die Mehrheit des Kreistags entscheide. Man könne das Thema gerne auf eine der nächsten Sitzungen nehmen und den Landrat einladen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: